

Initiativantrag der FSG-Frauen

als Grundlage unseres politischen Handelns für eine zukunftsorientierte Frauen- und Gleichstellungspolitik

Arbeitswelt von morgen statt Frauenbild von gestern

Wir kämpfen für Fortschritt und lehnen eine rückwärts gerichtete Frauenpolitik ab.
Wir wollen Frauen ein selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen.
Wir fordern das Recht für Frauen auf echte Wahlfreiheit im Berufs- und Privatleben.
Wir sind stolz darauf, was Gewerkschaften für Arbeitnehmerinnen erreicht haben.
Wir wehren uns gegen Angriffe auf unsere wirksame Interessensvertretung.
Wir lassen uns die Einrichtungen der sozialen Sicherheit nicht kaputt machen.
Wir verteidigen die demokratischen Errungenschaften unserer Gesellschaft.
Wir lassen nicht zu, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weiter auseinanderdriftet.
Wir wehren uns gegen antidemokratische Initiativen und gegen Ausgrenzung.
Wir gestalten die Arbeitswelt von morgen im Sinne der Frauen.

Die nachfolgenden Forderungen formulieren wir im Selbstverständnis, dass diese zukunftsorientierte Frauen- und Gleichstellungs-Politik ein Anliegen der gesamten FSG ist. Gemeinsam kämpfen wir für ihre Umsetzung.

Arbeitswelt

- Mehr Chancen für Frauen in Stadt und Land beim Zugang zum Arbeitsmarkt
- Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen (z.B. Kinderbildungseinrichtungen, Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum insbesondere bei Fragen der Mobilität)
- Erhalt der bestehenden Zumutbarkeitsbestimmungen
- Keine Kürzung der Arbeitsmarktmittel
- Erhalt der 50% Widmung von AMS Mitteln für Frauenwiedereinstiegsmaßnahmen
- Wiedereinführung der Arbeitsmarktaktion 20.000 plus
- Erhalt der Notstandshilfe in der bestehenden Form
- Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich
- Keine Ausweitung der täglichen und wöchentlichen Höchstarbeitszeitbestimmungen
- Keine Kürzung der gesetzlichen Ruhezeiten
- Mitspracherecht der Beschäftigten bei Umfang und Lage der Arbeitszeit
- Recht auf Nichterreichbarkeit in der Freizeit

Bildung

- Investition in Bildung ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit – daher mehr Mittel für Bildungseinrichtungen, pädagogisches Personal und innovative Bildungsformen
- Gebührenfreier Zugang zu Bildung für alle Kinder, unabhängig vom familiären, sozialen und kulturellen Hintergrund
- Gesamtschule der 6 - 15 Jährigen
- Flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen
- einheitliches Bundesrahmengesetz für elementarpädagogische Einrichtungen und Horte
- Gleiche Chancen und freier Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in der Erwachsenenbildung
- Recht auf und Zeit für Qualifizierung für alle bereits in Beschäftigung befindlichen Frauen auf dem Weg in die Arbeitswelt von morgen

Verteilungsgerechtigkeit:

- Kein Budget-Nulldefizit auf Kosten der sozial Schwachen
- Wiedereinführung einer bundeseinheitlichen, armutsverhindernden und existenzsichernden Regelung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung
- Einführung der Vermögenssteuer, z.B. zur Finanzierung von Pflege
- Wiedereinführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer
- Keine Indexierung von Familienbeihilfe und Familienbonus Plus
- Evaluierung der Familienbonus-Plus-Regelung nach 1 Jahr hinsichtlich ihrer Wirksamkeit auf Frauen und Männer
- Kampf gegen Altersarmut
- Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung
- Einführung eines aufgabenorientierten Finanzausgleichmodells für Gemeinden zur Finanzierung von Krippen und Kindergärten
- Gleiche Budgetmittel/Förderung für alle Kinder – uns sind alle gleich viel wert
- Mittel für Investition in Kinderbildungseinrichtungen in gleicher Höhe wie die eingesetzten Mittel zur Finanzierung des Familienbonus Plus.
- Recht auf leistbares Wohnen

Gerechte Einkommen:

- Verpflichtende Evaluierung der Einkommensberichte und Erstellung eines Maßnahmenplans, um strukturelle und finanzielle Unterschiede auszugleichen
- Spürbare Sanktionen bei Nichterstellung des Einkommensberichtes und bei Ablehnung von Verhandlungen über Verbesserungsmaßnahmen

- Lohntransparenzgesetz für die innerbetriebliche Offenlegung der Gehälter und Löhne, um Frauen in Gehaltsverhandlungen zu stärken
- Gesetzliche Anrechnung von Karenzzeiten für alle dienstzeitabhängigen Ansprüche

Chancengleichheit:

- Personen mit geringem Einkommen, AlleinerzieherInnen, BezieherInnen von Mindestsicherung und Arbeitslosengeld dürfen nicht für ihre prekäre Lebenssituation bestraft werden
- Recht auf Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr nach den VIF-Kriterien inklusive Schaffung der notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen für Errichtung und Betrieb
- Keine Prämienzahlungen für die NICHT-Inanspruchnahme von Kinderbetreuungsplätzen (Herdprämie)
- Einführung eines Familienbonus-Plus-Rechners
- Ausweitung des Diskriminierungsverbots nach dem Gleichbehandlungsgesetz auf Bereiche außerhalb der Arbeitswelt
- Keine Diskriminierung von Frauen mit Migrationshintergrund
- Gleichbehandlung von LSBTIQ-Personen
- Inklusion von Frauen mit Behinderungen

Gesundheit, Pflege und Pensionen:

- Keine Leistungskürzung bei Zusammenführung des Leistungsangebots und Erhalt der Sozialversicherung in der bestehenden Form
- Erhalt der Qualität der Selbstverwaltung
- Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in einer qualifizierten Pflegeeinrichtung bzw. in einem Pflegewohnhaus
- Absicherung der Pflegefinanzierung
- Keine Wiedereinführung des Pflegeregresses
- Wirksamer NichtraucherInnen-Schutz
- Keine Aufweichung der ArbeitnehmerInnen-Schutzbestimmungen

Dieser Initiativantrag wurde eingebracht von den Mitgliedern des FSG-Bundesfrauenpräsidiums.

Wien, im April 2018